

# Bekennnis der Türkei zum Genozid an den Armeniern ist Voraussetzung für Versöhnung

Erwin Marschewski zum Unionsantrag „Gedenken zu Vertreibungen und Massakern an den Armeniern“

Das Bekenntnis der Türkei zu den Vertreibungen und Massakern an den Armeniern in den Jahren 1915 und 1916 ist von großer Bedeutung für ein Zusammenleben zwischen Armeniern und Türken in der Heimatregion, für eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten und für ein Zusammenleben zwischen Armeniern und Türken in Deutschland.

Die Wertegemeinschaft der Europäischen Union erfordert es auch, die dunklen Seiten der eigenen Geschichte zu beleuchten, mit dem Willen sich dazu zu bekennen und mit dem Ziel sich zu versöhnen.

Ein Bekenntnis der Türkei zum Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 und 1916 ist wichtig,

- weil nicht unaufgearbeitet bleiben darf, dass zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Armenier Opfer von Deportationen und Massenmorden geworden sind,
- weil der Menschen gedacht werden muss, die ermordet wurden, der Frauen und Kinder, der Alten, die man auf Todesmärsche schickte,
- weil auch der Angehörigen anderer christlicher Volksgruppen, Aramäer, Assyrer und Chaldäer gedacht werden soll, die Opfer brutalster Menschenrechtsverletzungen geworden sind.

Der Respekt vor den Opfern gebietet ein Bekenntnis zu diesen Untaten. Ein Bekenntnis ist die Voraussetzung für eine Versöhnung. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass auch Deutschland eine historische Mitverantwortung trägt, weil das deutsche Kaiserreich zum



**Erwin Marschewski**  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe  
„Vertriebene und Flüchtlinge“

Zeitpunkt der Vertreibung im Osmanischen Reich einen der Hauptverbündeten des ersten Weltkrieges hatte und deshalb nichts unternommen hat, um die schrecklichen Massaker und Vertreibungen zu verhindern.

Die Vertreibung der Armenier war die erste große Vertreibung des 20. Jahrhunderts, aber bei weitem nicht die letzte. Auch Griechen, Polen, Deutsche, Bos-

nier, Sudanesen und andere Volksgruppen haben im 20. Jahrhundert dieses schwere Schicksal erlitten.

Daher treten CDU und CSU für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ein. In einem solchen Zentrum sollen Vertreibungen und „ethnische Säuberungen“ analysiert, erforscht und dokumentiert werden. Hier soll ein Beitrag dazu geleistet werden, solche Menschenrechtsverletzungen zu verhindern – in ganz Europa und darüber hinaus.

## INHALT

SEITE 2  
**ROT-GRÜN IGNORIERT BESCHLUSS DES BUNDESRATES ÜBER EIN EU-PROGRAMM ZUR KULTURPFLEGE**  
IAV

SEITE 3  
**ORGANISATION TSCHECHISCHER CHRISTEN ZEIGT BEEINDRUCKENDEN WEG ZUR VERSÖHNUNG AUF**  
Erwin Marschewski

SEITE 5  
**POSTKOMMUNISTEN IN POLEN SIND FÜR DRUCK AUF DIE DEUTSCHE MINDERHEIT VERANTWORTLICH**  
IAV

SEITE 7  
**WILLKOMMENSKURSE FÜR SPÄTAUSSIEDLER UND JÜDISCHE EMIGRANTEN ERFOLGREICH ANGELAUFEN**  
Jochen-Konrad Fromme

# Rot-Grün ignoriert Beschluss des Bundesrates über ein EU-Programm zur Kulturpflege

Antwort auf schriftliche Fragen offenbart auch Desinteresse von Rot-Grün an deutsch-tschechischen Problemen

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, stellte im März folgende schriftliche Fragen an die Bundesregierung:

*Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um den Beschluss des Bundesrates vom 15. Oktober 2004 umzusetzen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für ein EU-Programm zur Kulturpflege europäischer Vertreibungsgebiete einzusetzen, und warum hat die Bundesregierung ggf. nichts unternommen?*

Daraufhin antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Klaus Scharioth, wie folgt:

„Die Bundesregierung engagiert sich im Rahmen der bilateralen, kulturpolitischen Zusammenarbeit intensiv für den Erhalt des in Nachbarländern bestehenden kulturellen Erbes.

Die noch laufenden Verhandlungen zur finanziellen Vorausschau 2007-2013 sind von intensiven Sparbemühungen gekennzeichnet. Einsparungen sind auch im Budget für europäische Kulturprogramme zu erwarten. Die Verteilungsspielräume für zusätzliche Programme werden daher begrenzt sein.“

In einer weiteren Frage erkundigte sich Erwin Marschewski zur Position der Bundesregierung zu den jüngsten Äußerungen des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus:

*Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen des tschechischen*

*Staatspräsidenten Vaclav Klaus zur Europäischen Union sowie zu den Fragen der gemeinsamen Geschichte im deutsch-tschechischen Verhältnis (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 2005), und wie gedenkt die Bundesregierung ihre Position gegenüber der tschechischen Seite deutlich zu machen?*

Auf diese Frage antwortete Staatssekretär Scharioth wie folgt:

„Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus hat sich auf die von der vorherigen Bundesregierung unterzeichnete Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 bezogen und die darin enthaltene Verpflichtung beider Seiten betont, die Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Partnerschaft zukunftsgerichtet fortzuentwickeln und nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden rechtlichen Fragen zu belasten. Dies entspricht auch der Haltung der Bundesregierung.

Im Übrigen bleibt in erster Linie die tschechische Regierung Ansprechpartnerin der Bundesregierung. Mit dieser arbeitet die Bundesregierung auch in europapolitischen Fragen eng und vertrauensvoll zusammen.“

Hintergrund: Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus hat am 15. März 2005 ein Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegeben, in dem er sich für eine Umkehr des Integrationsprozesses der Europäischen Union und zugleich eine größtmögliche Erweiterung ausgesprochen hat. Einer Geste für die Sudetendeutschen hat er zudem eine Absage erteilt. (IAV)

## 50. Bundesjugendtag der djo-Deutsche Jugend in Europa

Jugendverband beschäftigt sich seit seiner Gründung mit den Themen Migration, Flucht und Vertreibung

Mit neuen Ideen und Projekten ist der 50. Bundesjugendtag der djo-Deutsche Jugend in Europa zu Ende gegangen. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen der Themen Migration, Flucht und Vertreibung, mit denen sich der Jugendverband seit seiner Gründung beschäftigt.

„Die djo-Deutsche Jugend in Europa sieht als von Flüchtlingen gegründeter Jugendverband eine enge Verbundenheit zu den Problemen von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Zuwanderern. Die im Verband vorhandenen Erfahrungen und Fähigkeiten in diesem Bereich machen die djo-Deutsche Jugend in Europa zum kompetenten Partner und Fürsprecher für alle jungen Zuwanderer, die nach Deutschland kommen oder kamen. Dabei hat dieser Bundesjugendtag einmal mehr gezeigt: Die Erfolgsgeschichte unseres Verbandes geht weiter“, sagte Frank Jelitto, Bundesvorsitzender der djo-Deutsche Jugend in Europa.

Zu den Diskussionen unter dem Titel „Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland – Chancen und Herausforderungen für die Jugendarbeit in der multi-/inter-/mehrkulturellen Gesellschaft“ waren

neben Verbandsvertretern auch Parlamentarier erschienen. Zudem waren zahlreiche Grußworte von Regierung und Abgeordneten an die Versammlung gesandt worden.

„Wir haben mit unserem 50. Bundesjugendtag gezeigt, wie lebendig und attraktiv unser Jugendverband ist“, sagte Frank Jelitto, Bundesvorsitzender der djo-Deutsche Jugend in Europa. „Das zeigen die Diskussionen hier auf der Tagung, aber auch die vielen Glückwünsche, die uns zu diesem Jubiläum erreicht haben.“

Am 50. Bundesjugendtag der djo-Deutsche Jugend in Europa haben Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen. Unter den zahlreichen Gästen konnten neben einer Delegation des Jugendrings der Russlanddeutschen (Moskau) auch Vertreter des Assyrischen Jugendverbandes Mitteleuropa (Augsburg) begrüßt werden. Zu diesen Jugendverbänden hat die djo-Deutsche Jugend in Europa enge Beziehungen aufgebaut und auf dem Bundesjugendtag zahlreiche weitere Maßnahmen und Projekte vereinbart.

# In Deutschland fehlt ein ganzer Forschungsbereich zur Vertreibungs- und zur Kulturgeschichte

Peter Becher vom Adalbert-Stifter-Verein zu Gast in der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“

„Der Adalbert-Stifter-Verein aus München ist in Deutschland und der Tschechischen Republik gleichermaßen anerkannt,“ stellte Dr. Peter Becher, Geschäftsführer des Vereins, im Rahmen seines Referates bei der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest. So habe sich auch die tschechische Seite und hier vor allem der damalige Staatspräsident Havel sehr für einen Erhalt des



v.l.n.r.: Jochen-Konrad Fromme, Helmut Sauer, Susanne Jaffke, Klaus Brähmig, Erwin Marschewski, Christa Reichard, Matthias Sehling, Dr. Peter Becher, Prof. Dr. Egon Jüttner, Henry Nitzsche

Vereins ausgesprochen. Damit wurden die Unterstützungsleistungen des Adalbert-Stifter-Vereins für Dissidenten während des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei gewürdigt. Als großes Manko in Deutschland bezeichnete Becher das nahezu völlige Fehlen eines Forschungsbereiches zur Kulturgeschichte der

Vertreibungsgebiete und zur Vertreibungsgeschichte. Die Arbeit des deutsch-tschechischen Gesprächsforums sei verbesserungswürdig. Über Jahre habe man versucht, alle Strömungen und Denkrichtungen zu berücksichtigen, was zu Lasten einer Einigungsfähigkeit gegangen sei. (IAV)

## Organisation tschechischer Christen zeigt beeindruckenden Weg zur Versöhnung auf

Erwin Marschewski zur Erklärung der tschechischen Krestanska misijni spolecnost (KMS)

Die überkonfessionelle christliche Organisation KMS in der Tschechischen Republik hat mit ihrer Erklärung zur Vertreibung der Sudetendeutschen und zur gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte einen großen Beitrag zur Versöhnung geleistet.

Die Erklärung enthält ein beeindruckendes Bekenntnis zu den Verbrechen, die im Rahmen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien begangen wurden. Darin werden die begangenen Verbrechen nicht nur beim Namen genannt, auch wird sehr gefühlvoll auf die Traumata der Opfer eingegangen, die mit dem Verlust von Familienangehörigen, von Heimat und Eigentum verbunden sind.

Auch wird in der Erklärung auf die gegenwärtige Situation eingegangen und die mangelnde Bereitschaft der tschechischen Politik zum Dialog über die daraus resultierenden Fragen bedauert. Der Text endet mit einer Bitte um Vergebung und drückt die Sehnsucht nach Versöhnung aus.

Insgesamt stellt sich diese Erklärung in die Tradition der tschechischen Bischöfe und anderer tschechischer Kirchenvertreter, die seit Jahren den Weg zur Versöhnung suchen.

Es wäre wünschenswert, wenn diese Erklärung nicht in den Schubladen verschwinden würde. Gerade den politisch Verantwortlichen in der tschechischen Republik sollte diese Erklärung nahe gebracht werden, denn wieder einmal zeigt sich, dass Organisationen und auch Bürger in der tschechischen Republik im wesentlich stärkeren Maße bereit sind, sich zur eigenen Geschichte



Erwin Marschewski

zu bekennen und den Weg der Versöhnung zu gehen, als die politischen Verantwortungsträger. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diesen Ansatz zur Aufarbeitung und Versöhnung nicht unbeachtet zu lassen und stattdessen den Dialog mit der tschechischen Seite über die aus der Vergangenheit herrührenden Fragen zu führen.

*(KMS: „An die Sudetendeutschen“ im Wortlaut auf Seite 5 unten)*

# Deutschland muss zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen

Auszüge aus der Debatte am 21.4.2005 zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Völkermord an den Armeniern

## **Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):**

Wir gedenken in diesen Tagen in besonderer Weise der Hunderttausenden Armenier, eingeschlossen zahlreiche aramäische und chaldäische Christen, die vor 90 Jahren im Osmanischen Reich brutal vertrieben, vielfach furchtbar misshandelt und mit planvoller Konsequenz und oft zügelloser Grausamkeit getötet wurden. [...]

Eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte die Debatte um das Schicksal der osmanischen Armenier bereits 1916 hier im Reichstag stattfinden können. Unweit von hier informierte Johannes Lepsius am 7. Oktober 1915 die Presse. Die deutsche Militärensensur verhinderte jedoch die Verbreitung seiner Berichte zur Lage des armenischen Volkes in der Türkei. [...]

Es geht uns ausdrücklich nicht darum, die türkische Republik oder gar ihre Bevölkerung auf die Anklagebank zu setzen. Unser Antrag ist vielmehr der Versuch, die Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches in das einzubeziehen, was man mit Blick auf die Konflikte, Verwüstungen und Verbrechen des 20. Jahrhunderts in Europa „europäische Erinnerungskultur“ nennen könnte, eine Erinnerungskultur, die wir in diesen Wochen um den 60. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs in besonderer Weise erleben. Diese Erinnerungskultur wurde Grundlage einer Aussöhnung, die die Gemeinschaft europäischer Staaten erst möglich gemacht hat. Auf dieser Grundlage konnten Staaten zusammengeführt werden, die sich in den Zeiten des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation jahrzehntelang angriffsbereit gegenüberstanden. So ist die Europäische Union in ihrem Kern ein Aussöhnungsprojekt, das auf gemeinsamer Geschichtsbewältigung beruht.

Unser Antrag soll eine Einladung an unsere türkischen Partner und Freunde sein, sich diesem Prozess zu stellen. Dies ist im Interesse der Türkei selber. Wir möchten herzlich dazu einladen. Vielen Dank.

## **Friedbert Pflüger (CDU/CSU):**

Ich möchte der Debatte einige Anmerkungen hinzufügen: Erstens. Wir als Deutsche haben keinen Grund, auf andere herabzublicken; niemand hat das hier im Parlament getan. Wir sind uns unserer deutschen Verantwortung für den einzigartigen industriellen Massenmord in unserer Geschichte, den Holocaust, und auch der Mitverantwortung des Deutschen Reiches für die Massaker an den Armeniern bewusst. Zweitens. Viele bei uns sagen, dass wir Deutsche uns unserer Vergangenheit gestellt hätten und der Vergangenheit ins Auge schauen würden, während die Türken verdrängen und beschönigen würden. Das ist wohl wahr.

Aber das liegt nicht daran, dass wir Deutschen bessere Menschen als die Türken sind. Es ist nämlich, wenn man nach dem Grund spürt, für die Türken auch schwerer, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Denn Deutschland hatte mit dem 8. Mai die totale Niederlage und Kapitulation, den totalen Zusammenbruch, und die Bundesrepublik Deutschland wurde in Diskontinuität, ja als Gegenbild zum nationalsozialistischen

Deutschland gegründet. Es war von Anfang an Teil dieses Gegenbildes, sich mit Auschwitz offen auseinander zu setzen, so schwer die Einsicht in die Wahrheit uns Deutschen auch gefallen ist und vielen bis heute fällt.

Anders in der Türkei. Ein Schuldbekenntnis greift in den Augen der meisten Türken auch die moderne Türkei an, zumindest den Gründungsmythos der Türkei. [...]

Drittens. Es führt deshalb nicht weiter, mit Druck auf die Türkei endlich die Anerkennung des Völkermordbegriffes durchzusetzen. Es wird die Türken wenig beeindrucken, wenn wir hier, wie das andere Parlamente getan haben, die Entscheidung treffen, dass auch wir der Meinung sind: Das ist Völkermord. [...]

## **Markus Meckel (SPD):**

Wir halten es als deutsche Parlamentarier für wichtig, uns mit dieser Frage auseinander zu setzen, nicht zuletzt deshalb, weil sie Teil unserer eigenen Geschichte ist. Deutsche Regierungen haben nach dem Ersten Weltkrieg nie – das wurde schon angesprochen – aus eigenem Antrieb der armenischen Opfer gedacht und sich zu ihrer Mitverantwortung bekannt.

Dieses Schweigen in Deutschland und international in vielen Bereichen hat ein Mann wie Adolf Hitler genau beobachtet. Am 22. August 1939, wenige Tage vor dem Kriegsbeginn, hat er auf dem Obersalzberg der deutschen Militärführung die gnadenlose Vernichtung der polnischen Bevölkerung angekündigt und aufgetragen.

Die noch vorhandenen Skrupel der Militärs versuchte er mit dem Satz zu beseitigen: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“

## **Auszüge aus der Erklärung der türkischen Nationalversammlung zur Armenienfrage (Reaktion auf Unionsantrag)**

„(...) erachtet es als eine unpassende, sinnlose, willkürliche und ungerechte Vorgehensweise, dass ausländische Parlamente zu einem unter internationalen Historikern umstrittenen Kapitel der Geschichte der osmanischen Armenier aus politischen Gründen Beschlüsse fassen (...)

(...) dass diejenigen einem großen Irrtum unterliegen, die glauben und die dementsprechende Berechnung anstellen, der Türkei durch eine intensive internationale Kampagne Druck auferlegen zu können, ihre Geschichte auf eine einseitig und irreführende Beurteilung, die auf einigen Propagandadokumenten basiert, zu bauen.“

# Postkommunisten in Polen sind für Druck auf die deutsche Minderheit verantwortlich

Vertreter des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit aus Gleiwitz zu Gast in Berlin

Der Vorsitzende des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Prof. Dr. Gerhard Bartodziej, und der neu bestellte Geschäftsführer der Gleiwitzer Einrichtung, Krystian Tomala, waren der Einladung zum Gespräch mit der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefolgt. Dort berichteten sie über die Situation der deutschen Minderheit vor den anstehenden Parlamentswahlen in Polen. In diesem Zusammenhang kritisierte Prof. Bartodziej,

dass der rücksichtslose Machtkampf der Parteien auch zu Lasten der deutschen Minderheit gehe.

Im Rahmen seines Vortrages dankte er für die Unterstützung seitens der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Verbesserungen beim polnischen Minderheitengesetz zu erzielen. Mehr sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich nicht zu erreichen gewesen. Allerdings sei das Gesetz auch in der jetzigen Fassung noch immer unzureichend. Das



v.l.n.r.: Krystian Tomala, Willi Zylajew, Prof. Dr. Gerhard Bartodziej, Erwin Marschewski, Christa Reichard, Hans-Rüdiger Hesse (Innenministerium Niedersachsen), Helmut Sauer

jetzt in Kraft getretene Gesetz sei auch das Resultat einer jahrzehntelangen Propaganda im orwellschen Sinn gegen die deutsche Minderheit. Ursächlich dafür sei auch, dass die Postkommunisten in Polen auch nach der Wende in erheblichem Maße Einfluss bewahrt hätten.

Sehr ausführlich wurde auch über strukturelle Probleme der deutschen Minderheit und über die Zukunft der Förderung aus dem Bundeshaushalt gesprochen. (IAV)

## „An die Sudetendeutschen“

Erklärung der Krestanska misijni spolecnost (KMS) zur Aussöhnung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen

„Unsere lieben Landsleute,

es beschwert uns die Vergangenheit der tschechischen Nation und des böhmischen Landes, welches noch vor 60 Jahren auch ihr Land bzw. das Land Ihrer Eltern und Grosseltern war.

Obwohl wir nichts darüber in der Schule gelernt haben, die schreckliche Wahrheit über die grausame Rache der Nachkriegszeit an der deutschen Bevölkerung von Böhmen, Mähren und Schlesien, die vorwiegend ohne Rücksicht darauf geschah, ob und welche Schuld jemand hatte, ist zu uns durchdrungen. Wir wissen von Erniedrigungen, Verbrennungen, Hinrichtungen ohne Gerichte, Vergewaltigungen und auch von furchtbaren Todesmärschen.[...]

Lager, in denen gefoltert wurde, und wo manche, besonders Säuglinge und alte Leute, an Unterernährung und Infektionskrankheiten starben.

Wir schließen uns an einige ähnliche Initiativen der letzten Jahre an, die gegenseitige Versöhnung anstreben. Wir bitten Sie, die Sie überlebt haben, und auch Sie, denen die Eltern und Verwandten von diesen Schrecken erzählten, als Tschechen um Vergebung. (...)

Das alles geschah in einer beunruhigenden Einheit des tschechischen Volkes, aus dem sich nur Einzelne zu Ihnen, den Deutschen, gestellt haben.

Es schmerzt auch uns auch die Kälte und auch die oft feindliche Haltung des größeren Teils des tschechischen Volkes zu Ihnen, und die mangelnde Bereitschaft unserer Politiker zum Dialog mit Ihrer politischen Repräsentation. [...]

Wir wissen, dass das, was geschah, durch nichts wiedergutmacht werden kann. Die entsetzlichen Taten des tschechischen Volkes schreien bis heute zum Himmel. Wir möchten Ihnen gegenüber unsere tiefe Reue über das Schreckliche, was Sie erleben mussten, zum Ausdruck bringen. Wir wollen uns nicht nur entschuldigen, wir bitten Sie um Vergebung. Nach Ihrer Vergebung und auch nach der Versöhnung sehen wir uns.“

(Die Erklärung wurde am 15. April 2005 in Prag von den Teilnehmern der Konferenz verabschiedet)

# Bischof Dr. Franjo Komarica erhält Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2005

Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ehrt den Präsidenten der bosnischen Bischofskonferenz

Der kroatische Bischof von Banja Luka in Bosnien-Herzegowina, Dr. Franjo Komarica, wird mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN des Jahres 2005 ausgezeichnet. Die Jury der Stiftung hat die Entscheidung einstimmig getroffen.

Das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN würdigt damit einen mutigen Mann, der in den Schrecknissen der „ethnischen Säuberungen“ in Bosnien-Herzegowina zu einer moralischen Instanz geworden ist. Er war seit Ausbruch des Krieges in Bosnien und Herzegowina im Jahre 1992 Anwalt für Menschenwürde und Menschenrechte und international gehörte Stimme der Rechtlosen. Er setzte sich für Katholiken, Muslime und Orthodoxe gleichermaßen ein.

Vor Ausbruch des Krieges war die Region um Banja Luka in Nordbosnien ein multiethnisches Gebiet. In der Diözese von Bischof Komarica kam es während des Krieges zur Zerstörung und schweren Beschädigung von 98 % der Kirchen und Klöster – obwohl es dort nie zu

Kampfhandlungen kam. Priester und Ordensleute wurden gefoltert oder umgebracht. Fast 95 % der katholischen Bevölkerung fielen „ethnischen Säuberungen“ zum Opfer und wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Von den insgesamt 220.000 aus Bosnien vertriebenen Katholiken sind erst einige Tausend zurückgekehrt.

Bischof Komarica hat in den schwierigen Kriegsjahren niemals Position gegen eine Volksgruppe bezogen, sondern er hat sein Haus für Menschen in Not geöffnet, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religion. In unzähligen Briefen hat er sich an die mächtigen Politiker der Welt gewandt und auch die Unterzeichner des Friedensvertrages von Dayton auf die aus dem Papier resultierenden neuen Ungerechtigkeiten hingewiesen. Unermüdlich setzt sich Bischof Komarica auch heute noch für den interreligiösen Dialog ein.

Bischof Komarica, geb. 1946 in Banja Luka (Bosnien-Herzegowina), hat Theologie u. a. in Innsbruck studiert und wurde 1985 zum Bischof seiner Heimatstadt geweiht.

## Vertreter der deutschen Minderheit in Polen hoffen auf bessere Perspektiven

Dr. Wolfgang Schäuble empfing Abgeordnete der deutschen Minderheit im Polnischen Sejm

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, empfing in Berlin die polnischen Parlamentarier Henryk Kroll und Helmut Paisdzior. Die beiden Abgeordneten, die im Sejm die rund 300.000 Personen zählende deutsche Minderheit vertreten, wurden von Stephan Raabe, dem Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, und dem Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter), begleitet.

In dem Gespräch erläuterten die Gäste die Situation der deutschen Minderheit in Polen, regten eine Intensivierung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen an. So warben sie für einen Ausbau der moralischen und finanziellen Unterstützung für die Minderheit, die in jüngster Zeit durch Einschränkungen der Kulturförderung durch die rot-grüne Bundesregierung und den Diskussionen um Entschädigungsforderungen seitens der „Preußischen Treuhänder“ erheblich unter Druck geraten ist. Sie erkundigten sich auch nach den Perspektiven im Falle eines Regierungswechsels im kommenden Jahr.

Wolfgang Schäuble bekannte sich zu der bundesdeutschen Verantwortung gegenüber der deutschen Volksgruppe in Polen und erklärte, dass es für deutsche Politiker eine Selbstverständlichkeit sein müsse, bei



(v.l.n.r.): Henryk Kroll, Helmut Sauer, Dr. Wolfgang Schäuble, Stephan Raabe (KAS) und Helmut Paisdzior

Besuchen in Polen nach Möglichkeit auch die Minderheit zu berücksichtigen, was bei der Bundesregierung aber leider selten der Fall sei. Im Übrigen hätten die Belange der Deutschen in Polen bei der CDU/CSU einen höheren Stellenwert als bei anderen Parteien.

# Willkommenskurse für Spätaussiedler und jüdische Emigranten sind erfolgreich angelaufen

Jochen-Konrad Fromme über erste Erfolge der Willkommenskurse im Grenzdurchgangslager Friedland

Seit Jahresbeginn gibt es für die im Grenzdurchgangslager Friedland ankommenden Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer, die dem Land Niedersachsen zugeteilt werden, so genannte Willkommenskurse, in denen die Neubürger in siebentägigen Kursen über lebensnahe Themen informiert werden, z.B. Einführung in Staat und Gesellschaft, Behördengänge, Ausbildung der Kinder, Arbeitsmarkt, Krankenversicherung und Suchtprävention. Außerdem gibt es erste Einführungshilfen in die deutsche Sprache, um die Teilnehmer zu motivieren, die deutsche Sprache zu erlernen.

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann und der Wissenschaftsminister Lutz Stratmann haben jetzt eine positive Zwischenbilanz dieser Kurse gezogen.

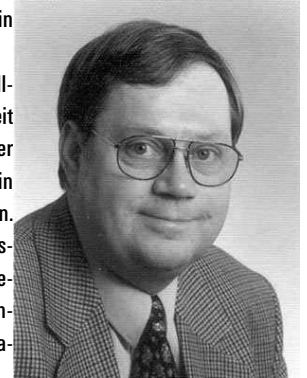
Die Minister berichteten, dass der Sprachunterricht und die Informationsveranstaltungen sehr gut angenommen würden. Dies bestätigt auch ein Zwischengutachten der Georg-August-Universität Göttingen, die das Projekt wissenschaftlich begleitet. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass der Ansatz der Willkommenskurse optimal gewählt ist, um die Neubür-

ger auf ihr künftiges Leben in Deutschland vorzubereiten.

Ich freue mich, dass mit den Willkommenskursen eine Möglichkeit geschaffen wurde, die Zuwanderer gleich nach ihrer Ankunft in Deutschland adäquat zu betreuen. Noch vor Beginn der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz erhalten sie so erste Anleitungen und werden zu eigenen Integrationsanstrengungen motiviert.

Ich fordere daher alle Bundesländer

auf, sich diese gelungene Arbeit als Beispiel zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Kurse in Zukunft für alle Neubürger und nicht nur für die nach Niedersachsen verteilten verbindlich werden.



**Jochen-Konrad Fromme**

## In Hessen gute Integrationsarbeit für Spätaussiedler

Zug von Spätaussiedlern rückläufig, Arbeitslosenzahlen sind nicht gestiegen

Der hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, ist dankbar, dass die Landesregierung ihre Haltung zur Aufnahme von Spätaussiedlern in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Situation der Spätaussiedler in Hessen öffentlich darstellen konnte.

„Insbesondere die Aussage, dass wegen der besonderen Benachteiligungen und Ausgrenzungen der Russlanddeutschen im Herkunftsland als Folge des Zweiten Weltkrieges die Hessische Landesregierung die Integration als eine zentrale politische Aufgabe ansieht, drückt Verantwortungsbewusstsein aus“, betonte Friedrich.

Die erfolgreiche Integration der Spätaussiedler sei für die Zukunft und den inneren Frieden von großer Bedeutung. Grundvoraussetzung für eine Erfolg versprechende Integration seien ein vielfältiges Integrationsangebot und ein intensives Bemühen der Spätaussiedler selbst, dieses Angebot anzunehmen. Die sehr ausführliche Antwort der Landesregierung (Drucksache 15/2079) kann im Internet unter [www.hessen.de](http://www.hessen.de) Hessischer Landtag/Landtagsinformationssystem aufgerufen werden.

Hervorzuheben ist, dass in Hessen 2004 insgesamt 4.255 Personen aufgenommen wurden, das sind gegenüber dem Vorjahr 1.040 Perso-

nen oder etwa 19 % weniger. Die Zahl der Aufnahmeanträge ist bundesweit von 46.443 im Jahr 2003 um 26 % auf 34.560 im Jahr 2004 zurückgegangen. „Auch dies verweist auf einen deutlichen Rückgang der Zugänge in nächster Zeit“, so Friedrich, der auch auf die Verschärfungen der Ausreisemöglichkeiten nach dem ab 1. Januar 2005 geltenden Zuwanderungsgesetz hinwies. Landesbeauftragter Friedrich wies auch auf die von der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit in diesen Tagen vorgelegten Arbeitsmarktzahlen für den Monat Februar 2005 hin. Daraus ergibt sich, dass entgegen dem Trend die Arbeitslosigkeit bei den Spätaussiedlern gegenüber dem Vormonat nicht zugenommen hat. Insgesamt waren im Monat Februar 2005 in Hessen 4.318 Spätaussiedler arbeitslos.

„Diese statistischen Zahlen zeigen, dass die Spätaussiedler keine Belastung für unser Land sind“, so Landesbeauftragter Friedrich. Die Integration der Spätaussiedler sei weiterhin ein politischer Schwerpunkt der Hessischen Landesregierung. An der Integrationsarbeit müssten sich aber alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Auch die Spätaussiedler, die schon eingegliedert sind, sind zur Unterstützung aufgefordert.

## Professor Dr. Dieter Blumenwitz gestorben

Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Lehrstuhlinhaber für Völker- und Staatsrecht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, ist nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 65 Jahren verstorben. Als Prozessbevollmächtigter der Bayerischen Staatsregierung im Verfassungsstreit über den Grundvertrag mit der ehemaligen DDR hat Professor Blumenwitz ein Stück Rechtsgeschichte auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung gestaltet. Bekannt wurde er auch durch sein Eintreten für Fragen



eines europäischen Minderheiten- und Volksgruppenrechts sowie des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts der deutschen Vertriebenen. Hier hat er sich bleibende Verdienste erworben.

## Gegen Neonaziaufmarsch am Brandenburger Tor

**Auszug aus der Rede von Erwin Marschewski in der Debatte zur Änderung des Versammlungsgesetzes (11. März 2005):**

„Einer Erweiterung des befriedeten Bezirks um das Brandenburger Tor steht – insbesondere nach dem neuen Entwurf – eben nicht die Verfassungswidrigkeit „auf der Stirn“. Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Kollege, behauptet haben. Die Funktionsfähigkeit des Parlaments – der Kollege Hartmut Koschyk hat das beim letzten Mal erläutert – muss nämlich erhalten bleiben. [...]

Im krassen Widerspruch dazu stehen die Neonazis, wenn sie ihre menschenverachtende Ideologie insbesondere am Brandenburger Tor zum Ausdruck bringen.

Denn gerade hier, so meine ich, verletzen sie die Menschenrechte und die Menschenwürde, die der Opfer nationalsozialistischer Gewalt und Willkürherrschaft, die aller Demokraten und vor allem die unserer jüdischen Mitbürger.

Weil die Schwelle zum Unrecht mit der Bekämpfung der Grundordnung von den Neonazis überschritten wird, werbe ich um Zustimmung für null Toleranz, wie es auch der Kollege Wiefelspütz beim letzten Mal gefordert hat – ob über die Banneilenregelung oder über die Konstruktion, die ich Ihnen anbiete. Dies wollen nämlich viele Menschen, insbesondere viele Berliner.

(...) Ich teile da völlig die Meinung des Herrn Bundesinnenministers –, weil wir darin übereinstimmen, dass die Freiheit des Andersdenkenden ein hohes Gut ist, aber diese Freiheit in unserer wehrhaften Demokratie dort ihre Grenze finden muss, wo das menschenverachtende Gedankengut der Nazis wieder Platz zu greifen droht. Das dürfen wir nirgendwo und niemals zulassen, meine Damen und Herren, insbesondere nicht an diesem 8. Mai. Herzlichen Dank.“

**Hintergrund:** Die rot-grüne Koalition hat die Einbeziehung des Brandenburger Tores in den befriedeten Bezirk abgelehnt.

## Historisches Kalenderblatt (1. bis 31. Mai)

**Vor 635 Jahren:** Mit dem Friedensvertrag von Stralsund beenden die Hanse und Dänekönig Waldemar IV. den Krieg um die Insel Gotland (24.5.). Die Hanse festigt dadurch ihre Vorherrschaft im Ostseeraum.

**Vor 480 Jahren:** In Mitteldeutschland erleiden die von dem Theologen Thomas Müntzer geführten Aufständischen eine vernichtende Niederlage gegen die deutschen Fürsten (15.5.). Müntzer wird hingerichtet.

**Vor 370 Jahren:** Der Frieden von Prag zwischen Kursachsen und Kaiser Ferdinand II (30.5.) kann den 30jährigen Krieg letztlich nicht beenden.

**Vor 60 Jahren:** Am 7. Mai unterzeichnet Generaloberst Jodl in Reims die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, der Oberbefehlshaber der US-Truppen, Eisenhower, verfügt eine 2tägige Frist zur Information.

**Vor 55 Jahren:** Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt die Bildung einer europäischen Montanunion vor (9.5.).

## IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Dr. Peter Ramsauer MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer  
Erwin Marschewski MdB  
Eva Christiansen

V.i.S.d.P.: Thomas Helm (Hauptredaktion)  
Katrin Kohl  
Ingo Hallmann

Sekretariat: Petra Brüssow

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und  
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-55364  
Telefax (0 30) 2 27-56154